

Die Freiheit

Redaktion: Berlin NW 6, Schiffbauerdamm 19 III.
Verantwortlicher: Amt Norden 2893 und 2896.

Expedition: Berlin NW 6, Schiffbauerdamm 19 IV.
Verantwortlicher: Amt Norden 9768.

Die „Freiheit“ erscheint zweimal täglich, morgens und nachmittags, an Sonn- und Festtagen nur morgens. Der Bezugspreis beträgt bei freier Zustellung ins Haus für Groß-Verkauf monatlich 2 M. Für die Erledigung auswärtiger Bestellungen ist vorherige Einzahlung der Bezugsgebühr erforderlich. — Die „Freiheit“ ist im ersten Nachtrag der Postgesetzgebung für 1919 eingetragen und kostet bei direktem Postbezug ohne Bestellgebühr monatlich 2 M., bei Zustellung unter Strafband 4 M.

Berliner Organ

Interests sollen die Nebenspaltenen Konspirationen oder deren Raum 70 M. „Reine Anzeigen“ das festgedruckte Wort 30 M., jedes weitere Wort 15 M. Die dreispaltigen Reklamemagazine 3 M., Teuerungszuschlag 50 %. Bei Familienanzeigen, Versammlungsanzeigen von Gewerkschaften und politischen Organisationen fällt der Teuerungszuschlag fort. Inserate für den darauf folgenden Tag müssen spätestens bis 6 Uhr abends bei der Expedition, Schiffbauerdamm 19, aufgegeben sein.

der Unabhängigen Sozialdemokratischen Partei Deutschlands

Jahrgang 2

Sonntabend, den 4. Januar 1919

Nummer 6

Rücktritt der Unabhängigen.

Erklärung der preussischen Minister.

Die Vertreter der Unabhängigen Sozialdemokratischen Partei in der preussischen Regierung haben an den Zentralrat folgendes Schreiben gerichtet:

„Als die der Unabhängigen Sozialdemokratischen Partei angehörenden Volksbeauftragten Barth, Dittmann und Haase aus dem Rat der Volksbeauftragten austraten, weil sie erkannt hatten, daß sie mit Ebert, Landsberg und Scheidemann nicht mehr weiter zusammenarbeiten konnten, ohne die Revolution und den Sozialismus zu gefährden, entstand auch für uns, die zur Unabhängigen Sozialdemokratischen Partei gehörenden Mitglieder der Preussischen Regierung die Frage, ob wir noch länger im Amte bleiben könnten.“

Wir erklärten und sofort mit den Genossen Barth, Dittmann und Haase selbstständig und verlangten den Ausspruch mit dem Zentralrat.

In dieser Aussprache ergab es sich, daß eine erfolgreiche Vertretung unserer Ideen in der Regierung für uns unmöglich ist, nachdem der Zentralrat infolge der Beschlüsse der unabhängigen Fraktion des Reichstages eine rein mehrheitssozialistische Zusammensetzung erfahren hat, und nachdem und durch das Ausschließen unserer drei Genossen aus dem Räte der Volksbeauftragten auch der notwendige Rückhalt bei der Regierung der deutschen Republik gerammt worden ist.

Die Unmöglichkeit unseres Weiterverbleibens in der preussischen Regierung sollte sich unmittelbar heraus, als gekern von uns verlangt wurde, wir sollten ohne weitere Prüfung der Ernennung des Obersten Reinhardt zum preussischen Kriegsminister antworten. Wir sollten und damit begnügen, daß der Zentralrat mit dem Obersten Reinhardt verhandelt und die Ueberzeugung gewonnen habe, daß er die an den Kriegsminister der neuen Republik zu stellenden Anforderungen erfülle. Die vom Obersten Reinhardt schriftlich abgegebene programmatische Erklärung wurde uns aber nicht im Wortlaut vorgelegt. Als wir sie forderten, lehnte der Zentralrat ab, auf die Beschaffung dieses wichtigen Dokumentes hinzuwirken. Die kurze und unbestimmte Inhaltsangabe konnte uns gerade nach den Erfahrungen der letzten Wochen nicht genügen.

Denn der Zentralrat hat nach der Stellung, die er in den Verhandlungen mit den Volksbeauftragten der unabhängigen Sozialdemokratie eingenommen hatte, nicht die genügende Garantie, daß wir auf sein Urteil allein bauen können. Er hat bekanntlich schon versagt, als er sich in den entscheidenden Auseinandersetzungen mit Barth, Dittmann und Haase teils auf einen revolutionärsfeindlichen Standpunkt stellte, teils die Entscheidung über die wichtigsten Fragen der Revolution verzögerte. Wie wir schon feststellten, ist er auch bis jetzt noch nicht über die Demobilisierung des Heeres und über die von uns unserem revolutionären Standpunkt aus unumgängliche Umgestaltung des gesamten Verteidigungswesens zu Beschlüssen gelangt.

Mit diesem Zentralrat ist ein Zusammenarbeiten unmöglich. Deshalb erklären wir hiermit den Rücktritt aus unseren Ämtern.

Strübel, Adolf Hoffmann, Dr. Kurt Rosenfeld,
Dr. Graf Krcs, Dr. Reichshelb, Paul Hoffmann,
Ofer, Simon.“

Die Antwort des Zentralrats.

Zu der Erklärung der zurückgetretenen unabhängigen Minister wird durch Wolffs Bureau folgende offizielle Kundgebung veröffentlicht:

„Die Darstellung, als sollten die bisherigen preussischen Minister ohne weitere Prüfung der Ernennung des neuen Kriegsministers zustimmen, und als habe der Zentralrat die Beschaffung der programmatischen Erklärung des Obersten Reinhardt abgelehnt, geht von falschen Voraussetzungen aus und erweckt falsche Eindrücke. Der Zentralrat als oberster Träger der politischen Gewalt hat sein Recht, Minister ein- und abzuweihen, auch im Falle des neuen Kriegsministers ausgeübt; in dieser Ausübung kann also keine „Unmöglichkeit des Weiterverbleibens“ liegen, da dieses Recht des Zentralrats von vornherein bekannt war. Außerdem ist die Zustimmung zur Ernennung eines Kriegsministers, dessen Gehalt Preußen nicht einmal zahlt, lediglich eine auf der überlieferten preussischen Verfassung beruhende Formalität.“

Ebenso hat der Zentralrat es keineswegs abgelehnt, auf die „Beschaffung der programmatischen Erklärung hinzuwirken“, sondern hat den preussischen Ministern anheimgestellt, sich diese Erklärung von der Reichsregierung ausfolgen zu lassen, die dazu bereit sei. Wenn die Herren behaupten, der Zentralrat biete keine genügenden Garantien, da er sich den ausscheidenden unabhängigen Volksbeauftragten gegenüber auf einen revolutionärsfeindlichen Standpunkt gestellt habe, so weist der Zentralrat diese Unterstellung auf das ernste ab. Gerade über die Demobilisierung und die unumgängliche Umgestaltung des gesamten Verteidigungswesens hat der Zentralrat von vornherein entsprechend den Wünschen des Reichstages den entschiedensten Standpunkt eingenommen. Er stellt die härteste Garantie für seine der Revolution dienliche Stellung darin, daß seine Wahl auf dem Reichstages mit neun Zehnteln aller Stimmen erfolgte.“

Die Rechtfertigung des Zentralrats auf die Anklage unserer Genossen ist recht dürftig ausgefallen. Es handelt sich nicht darum, daß der Zentralrat den neuen Kriegsminister ernannt hat, sondern, daß er von den preussischen Ministern verlangte, sie sollten dieser Ernennung ohne weitere Prüfung zustimmen. Eine derartige Zumutung bewies nur erneut, daß eine kollegiale Zusammenarbeit unserer Genossen mit diesem Zentralrat unmöglich sei.

Es macht sich übrigens recht läßlich, daß der Zentralrat sich auf seine Stellung beruft, die ihn zum Träger der staatlichen Souveränität mache. Es wäre interessant zu erfahren, worin diese Stellung gegenüber den rechtssozialistischen Kabinettsmitgliedern zum Ausdruck gekommen ist, denen der Zentralrat bekanntlich in sehr wesentlichen Fragen sein unverhohlenen Mißtrauen gezeigt hat. Dabei hat es sein Bewenden gehabt, ebenso wie bei der theoretischen Zustimmung zu den Beschlüssen des Reichstages, die noch heute der Gehedigung harren.

Wir stimmen deshalb unseren ausgeschiedenen Genossen durchaus zu, wenn sie die Totenlosigkeit des Zentralrats in der Frage der Demobilisierung und der Umgestaltung des Verteidigungswesens tadeln. Die ganze Haltung des Zentralrats beweist, daß bei ihm parteipolitische Rücksichten über die Interessen der Revolution gestiegen haben.

Der „neue Kurs“.

Berlin, 3. Januar (L. N.). Die verläutet, sind zwischen der Reichsregierung und der Obersten Heeresleitung dringliche Verhandlungen aufgenommen worden, die die Aufstellung eines großen militärischen Aufgebots für die bedrohten Ostgrenzen zum Zwecke haben. Voraussichtlich werden die jüngsten Jahrgänge des demobilisierten Heeres nicht entlassen werden.

Der neue Kriegsminister.

Der Generalleutnant Scheuch ist auf seinen Antrag von dem Amte als Staats- und Kriegsminister entbunden, der Direktor des Demobilisierungsdepartements im preussischen Kriegsministerium, württembergischer Oberst Reinhardt, ist zum Kriegsminister ernannt worden.

General Scheuch hat wiederholt gezeigt, daß er ganz ein Mann des alten Systems war, der sich in die neue Zeit nicht schiden wollte. Er war auch das Werkzeug, das Ebert, Scheidemann und Landsberg für die schändliche Panonade gegen die Matrosen verwendeten. Wie weit Scheuch an dem Blutbad mitschuldig ist, darüber besteht noch immer keine volle Klarheit, da er es unterlassen hat, seinen Protest gegen die Darstellung, die Ebert im Zentralrat geäußert hat, zu veröffentlichen. So löst auf ihn der Verdacht, einen ideenreichen Befehl in schamlicher Weise durchzuführen zu haben.

Oberst Reinhardt ist Württemberger. Er wird als außerordentlich gerühmt. Ob er in die neue Zeit paßt, wissen wir nicht; es wird sich bald bei der Erfüllung der Soldatenforderungen und der Durchführung der Demobilisierung zu erweisen haben. Prinzipiell hätten wir die Ernennung eines Zivilisten gewünscht, um schon dadurch die Unterordnung der militärischen unter die bürgerliche Gewalt zum Ausdruck zu bringen.

Was heißt Sozialismus?

Sozialisierung heißt Vergeellschaftung. Was vergesellschaftet werden soll, sind die Produktionsmittel, das heißt jene Einrichtungen, Gegenstände und Kapitalien, deren der Mensch zur Arbeit, zur Güter- und Warenerzeugung bedarf. Die Produktion von Nahrungsmitteln, die Beschaffung wichtiger Rohstoffe ist gebunden an die Ausnutzung des Grund und Bodens, eine „konkurrenzfähige“ Verarbeitigung dieser Rohstoffe zu Gegenständen des täglichen Bedarfs ist heute auf fast keinem Gebiete mehr möglich ohne die Inanspruchnahme komplizierter Maschinen; großer Fabrikanlagen, von Dampfkraft oder elektrischem Strom, und jedes Unternehmen, das vorwärts kommen will, verlangt zunächst eine anständige Summe als Anlage- und Betriebskapital.

Wie heute die Dinge liegen, können nur wenige sich risieren, selbst Besitzer solcher „Produktionsmittel“ zu sein. Die große Masse der anderen ist darauf angewiesen, da sie ohne Produktionsmittel nicht konkurrenzfähig arbeiten kann, ihre Arbeitskraft denjenigen zu verkaufen, die im Besitz der Bergwerke, Fabriken und Handelsunternehmungen sind. Sie bekommen dafür ihren Lohn oder ihr Gehalt, — in diesem Lohn oder Gehalt aber nur einen Teil von dem, was sie durch ihre Arbeit tatsächlich an Werten erzeugen; der andere Teil bleibt als Profit, Unternehmensgewinn, Grundrente, Dividende usw. demjenigen, der das Vorrat des Besitzes genießt. Dem will der Sozialismus ein Ende machen. Die Produktionsmittel sollen aus dem Privatbesitz einzelner in das Gemeineigentum aller überführt werden. Und der gesamte Ertrag der gesellschaftlichen Arbeit soll der Gemeinschaft zugute kommen, ohne daß einzelne Bevorrechtigte sich in Gestalt des Profites zuvor einen wesentlichen Teil davon in ihre Privatbörse stecken können.

Die Vergeellschaftung kann nicht so vor sich gehen, daß jeder Betrieb in das Eigentum derjenigen Arbeiter übergeht, die gerade in ihm tätig sind. Das würde zunächst schon eine starke Ungerechtigkeit bedeuten, eine völlig ungeduldfertige Bevorzugung derjenigen Arbeiter und Angestellten, die zufällig in einem modern eingerichteten und gutgehenden Unternehmen beschäftigt sind, und eine unerbittliche Benachteiligung derjenigen, die in rückständigen, schlecht florierenden Betrieben arbeiten. Es würde aber auch bei den neuen Besitzern der Betriebe sehr leicht wieder kapitalistische Neigungen wecken, das Bestreben, sich am Profit zu bereichern, indem sie andere an den ihnen nun gehörigen Produktionsmitteln gegen Lohn arbeiten lassen, und es würde weiter der Konkurrenzkampf zwischen den einzelnen Werken mit seinen vielen Schädigungen, würde die ganze Regelmäßigkeit der Warenerzeugung mit ihren schlimmen Folgen: Ueberproduktion, Störung des Absatzes usw., belassen, — lauter Erscheinungen, die sicherlich nicht erfreulich genannt werden können. Sie können aber ausgeglichen werden, wenn die Vergeellschaftung in der Weise vor sich geht, daß die Gemeinden, Provinzen oder Staaten die einzelnen Betriebe und Industrien übernehmen. Welche dieser gesellschaftlichen Organisationen jeweils die „zuständige“ ist, wird sich nach dem Charakter der zu sozialisierenden Unternehmungen zu richten haben. Handelt es sich um Einrichtungen, die nur einen lokalen Wirkungsbereich oder Versorgungskreis haben, so wird die Gemeinde am zweckmäßigsten die Besitzerin werden, anderenfalls ein Verband von größerem Umfang, wie eben eine Provinz, ein Staat oder das Reich, das mehrere Staaten zusammenfaßt.

Die Gemeinde, der Staat, das Reich können dann einen Ausgleich zwischen den Besitzern der in den einzelnen Betrieben Tätigen vornehmen und dabei zugleich auch dafür sorgen, daß ein Teil des Ertrages abgezweigt wird zur Versorgung der nicht Arbeitsfähigen und zur Verrückung der Ausgaben für allgemeine Verwaltung, Sicherheitsdienst, Gesundheitspflege usw. Sie können allen Konkurrenzkampf zwischen den einzelnen Unternehmungen ausschalten und damit sehr viel Kraftverwendung und Kapitalverwendung unterbinden. Sie können vor allen Dingen eine weitgehende Produktionsregelung herbeiführen, indem sie stets genau den Bedarf an Gütern der verschiedensten Art feststellen und dafür sorgen, daß nur soviel von allen Waren erzeugt wird,

Die Wirtschaft nötig ist, indem sie dergestalt Ueberproduktion und Krisen verhindern und keine Straft aufwenden lassen für die Erzeugung von Dingen, die volkswirtschaftlich unnötig sind und sehr wohl entbehrt werden können.

Dazu kommt, daß bei einer solchen Vergesellschaftung auch die Möglichkeit besteht, solche Betriebe, die mit ihren Einrichtungen nicht auf der Höhe sind, zu schließen und dafür jene um so mehr zu verbessern und zu vergrößern, die besonders günstig gelegen und besonders praktisch eingerichtet sind. Das bedeutet für die sozialistische Wirtschaft die Möglichkeit einer starken Produktionssteigerung bei gleichbleibender Menge der aufgewandten Arbeit; die Tätigkeit des einzelnen wird erheblich ergiebiger werden als heute, und so liegt die Möglichkeit vor, auch ohne Verlängerung der Arbeitszeit jedem die Möglichkeit einer besseren Versorgung zu gewähren, ja, trotz dieser besseren Versorgung die Arbeitszeit immer mehr zu verkürzen, so daß der einzelne besser Zeit zur Erholung, zur Fortbildung, zum Genuß von Kunst und Kultur erhält.

Aus dem Obigen ergibt sich schon, daß es überflüssig ist, Sozialisten mit „Kusteilen“ überziehen zu wollen. Eine Aufteilung der heute angefallenen Kapitalien und Besitztümer würde — sofern sie überhaupt möglich wäre — das Privateigentum an den Produktionsmitteln so gar nicht beseitigen, sie würde nur die Zahl der Besitzenden sehr vermehren und an Stelle der großen Kapitalisten eine Unmenge kleiner geben, von denen jedes für sich ungenügend wäre, um damit selbständig „konkurrenzfähig“ produzieren zu können. Denn eine moderne Produktion ist nur möglich, wenn sehr erhebliche Kapitalien mitwirken, wenn in Großbetrieben mit Dampf und Elektrizität, mit modernen Maschinen gearbeitet wird. Nicht eine Aufteilung der Großunternehmungen in eine Reihe rückständiger Kleinbetriebe erstrebt der Sozialismus, sondern er wird noch mehr als schon das kapitalistische Zeitalter die Produktion in Großbetriebe zusammenfassen. Nur daß in der sozialistischen Wirtschaft diese Großbetriebe nicht mehr Eigentum einer kleinen Schaar dividendensuchender Aktionäre sein werden, sondern Eigentum der Gesellschaft, und daß ihr Ertrag ganz und ausschließlich für zugute kommen wird und durch sie denjenigen, die durch ihre Hände und ihres Kopfes Arbeit die Betriebe in Gang erhalten.

Töricht ist es auch, wenn behauptet wird, der Sozialismus wolle dem Menschen alles nehmen, was er heute sein eigen nennen darf. Nein, es handelt sich bei der Vergesellschaftung immer nur um die Kapitalwerte, die für die Produktion unentbehrlich sind, also um die sogenannten Produktionsmittel. Das, was jeder an Gebrauchswerten erwirbt oder besitzt, soll ihm ungeschmälert bleiben. Jeder wird auch in der sozialistischen Gemeinschaft das Recht auf ein eigen Heim haben, das er sich einrichten kann wie er will. — Ja, die Möglichkeiten, sich ein beachtliches Geiz zu schaffen, werden für die großen Massen erst durch den Sozialismus geschaffen werden. Jeder wird sich kleiden und schmücken dürfen wie er will; jeder wird auch das Recht haben, sich mit Gleichgesinnten zusammenzutun, um irgendwelche Einrichtungen zu schaffen, die der religiösen oder künstlerischen Erbauung, der Vertretung irgendwelcher Ansichten durch Herausgabe von Zeitungen oder dergleichen dienen. Nur wird das, was der einzelne besitzt oder mit seinem Vermögen unternimmt, nie dazu dienen dürfen, andere auszubeuten, d. h. aus der Arbeit anderer Gewinn zu ziehen. Schließlich ist es auch ein Unfuss, wenn gegen den Sozialismus eingewandt wird, er laufe auf eine öde Gleichmoherei hinaus. Auch in der sozialistischen Gesellschaft wird es höher und weniger hoch gewertete Tätigkeiten und Stellungen geben. Der besonders Befähigte wird die Möglichkeit eines viel weiteren Wirkungsbereiches, einer weit angelegeneren Stellung und einer besseren Lebensweise haben als der weniger Begabte und Träge. Befähigt werden nur die Hoffenden Unterwürfige in der Lebenshaltung. Befähigt wird die Massenbewegung sein, die die einen zu Herren, die anderen zu Sklaven ihrer Produktionsmittel macht. Auch der in unantastbarster Stellung Beschäftigte wird das Bewußtsein haben dürfen, daß der gesamte Ertrag seiner Arbeit der Gesellschaft und durch die Gesellschaft ihm wieder zukommt, ohne daß irgendein Kapitalist sich daran bereichert, er wird in jedem Falle die Möglichkeit eines gesunden, menschenwürdigen Daseins haben, und ihm werden alle Tore offen stehen, sich bis zu den einflussreichsten Kreisen emporzuarbeiten. Auf der anderen Seite wird auch der Bestenliste, an hervorragendem Posten wirkende nie selbstherrlich handeln und walten dürfen, wird wie der Gerinnale stets nur im Dienste der Gemeinschaft arbeiten, wird nur solange sein Amt versehen dürfen, als er wirklich etwas leistet und das Vertrauen seiner Mitbürger genießt, und wird nie der Ausbeuter anderer sein können.

Auch in der sozialistischen Gemeinschaft wird es nicht nur lauter Glückseligkeit und Zufriedenheit geben. Auch in ihr wird es nicht an Eifersüchtigkeiten und Ränken fehlen, und mancher wird sich zurückgesetzt und nicht voll gewertet fühlen. Aber gewiß ist, daß die Möglichkeiten für jeden, zu einer ihm befriedigenden Existenz zu kommen, in ihr unvergleichlich viel größer sein werden als unter der Herrschaft des Privateigentums: ganz anders wird jeder Gelegenheit haben, emporzukommen, anständig zu leben, das Schöne der Welt zu genießen und glücklich zu sein. Menschliche Schwächen wird es immer geben. Doch wird auch nicht zu verzeihen sein: Vieles was uns heute an Rohheit, Unverstand und Dummheit an den Menschen abfällt, wird verschwinden, wenn erst alle durch die sozialistische Wirtschaft gesunde Existenzbedingungen und die Möglichkeit einer sorgfältigen Erziehung erhalten.

Nichts ist törichter als zu sagen: Der Sozialismus ist schön und gut; aber erst müssen die Menschen besser werden, damit sie für ihn reif sind. Umgekehrt wird es richtig: Erst durch den Sozialismus können die Menschen besser werden.

Der Sozialismus ist nicht von heute auf morgen zu verwirklichen. Nur allmählich kann das Wirtschaftsleben sozialisiert werden. Die sozialistische Gemeinschaft, wie sie als Ideal vor uns steht, liegt noch in fernerer, wenn nicht fernerer Zukunft. Aber die Möglichkeit ihrer schrittweisen Durchführbarkeit ist gegeben, seitdem die Revolution das Proletariat zur politischen Macht gebracht hat. Worauf es nun ankommt, ist, ohne Ueberstürzung, aber kraftvoll an der Bewirklichung des Sozialismus zu arbeiten, sofort zu beginnen und nie das leuchtende Ziel aus dem Auge zu verlieren, das Ziel der reinen sozialistischen Gemeinschaft.

Der „Grenzschutz“ im Westen.

Zu den Differenzpunkten, die unsere Genossen zum Austritt aus dem Kabinett veranlaßt haben, gehört auch der militärische Grenzschutz im Westen. Ueber dieses Thema hat der 1. Vorstandsbesitz des Arbeiter- und Bauernrates des Oberwesertalbezirks, der seit langen Jahren zur Sozialdemokratie gehörte, in der Sitzung vom 2. d. d. M. ein ausführliches, in dem unferer ausgesprochenen Vorschlag die folgenden interessanten und kennzeichnenden Mitteilungen gemacht:

Desfall der neutralen Zone soll ein sogenannter Grenzschutz eingerichtet werden, für den bedeutende Truppenmassen in Frage kommen, die tief eingegliedert ins Land hinein stehen. In der Presse ist bisher von diesem Grenzschutz gar nicht die Rede gewesen. Unser Urteil über denselben geht dahin:

1. Der Grenzschutz ist ein an Wahnsinn grenzendes Spiel mit dem Feuer. Durch kleine Reibereien zwischen den Grenztruppen und den feindlichen Truppen, sondern an die ärmere ländliche Bevölkerung ungeheure Auswanderung der Kommandogewalt eines schändlichen Offiziers kann ein unübersehbares Unglück über unsere Dörfer hereinkommen. Es können sich die Vorgänge, wie sie sich im Osten an der Demarkationslinie abspielten, hier wiederholen. Nach deutschem Recht würde für einen verwundeten oder getöteten gegnerischen Soldaten mindestens ein Dorf abgebrannt werden.

2. Der Grenzschutz ist unnütz. Nach dem Bestehen seines obersten Führers, Hindenburg, ist das deutsche Volk zu seiner Wehrwehr mehr fähig.

3. Der Grenzschutz ist eine unerträgliche Belastung der Bevölkerung. Die Unterbringung der Truppen in Bürgerquartieren für längere Zeit, stellt besonders an die ärmere ländliche Bevölkerung unheures Anforderungen an Einkürzung in bezug auf Wohnung und Lebensweise. Der Viehstand steht durch den großen Verbrauch von Futtermitteln für die Pferde in Gefahr. Der Rückgang hat ohnehin schon die Futtermittel in unserem armen, landwirtschaftlich verhältnismäßig leistungsunfähigen Kreise stark gelichtet. Auf dem Papier steht zwar die Selbstversorgung der Truppen. Jedem, der die militärischen Verhältnisse kennt, ist aber die starke Mitnabnahme der privaten Vorräte bekannt. Die geordnete Abgabe von Lebens- und Futtermitteln ist durch den starken Verbrauch der langen Einquartierung bereits in Frage gestellt.

Was kann der Grenzschutz für einen Zweck haben? — Nach unserer Meinung kann es nur die Wiederaufrichtung der alten preussischen Militärbefehlsherrschaft sein.

Es soll eine bedeutende Armee in ländlicher Abgeschiedenheit im alten militärischen Geiste erzogen werden. Man höre sie von den Großstädten und den großen treibenden Gedanken unserer Zeit fern. Die militärische Aufklärung, die ein Bohn aller Aufklärung ist, wird wieder ins Werk gesetzt und wird zusammen mit dem unaussprechlichen Druß die Armees wieder in ein Instrument der militärischen Gewalt herabzuverwandeln.

Auf die bei diesen Truppen bestehenden Vertrauensräte ist gar keine Hoffnung. Die hier als Grenzschutz in Frage kommenden Truppen sind sorgfältig vor der revolutionären Anfechtung bewahrt worden. In dieser Truppe ist der Wille zum Rad abgedorrt am noch in erschreckendem Maße vorhanden. Diese Vertrauensräte sind ungefähr in derselben Weise zu bewahren, wie die ehemaligen Küchenkommissionen. Sie sind wie diese praktisch bedeutungslos.

Es besteht unserer Meinung nach die sehr große Gefahr, daß der Grenzschutz sich zu einem Instrument der Gegenrevolution ausbilden soll und wird.

Bestätigt wird diese Ansicht dadurch, daß der militärische Geist von ehedem in durchaus unveränderter Weise sich auswirkt und beharrt. Die Truppe wird mit einer weit übertriebenen Sparta- und Volkswirtschaftslehre in Garnison gebracht. Bei einer Gruppe wurde den Soldaten ausdrücklich gesagt, es müßten Truppen angeworben werden zur Bekämpfung der Spartakusbewegung. Zur Aufrechterhaltung der Disziplin, gleichbedeutend mit der schlimmsten Anfechtung, wurden in einem Dorfe unseres Kreises die härtesten militärischen Strafen, auch die Todesstrafe angedroht. Militärarrest, militärische Gastung und besondere Redeweise im Verkehr mit den Vorbesetzten sind bei diesen Truppen noch nicht abgelehnt worden und werden in aller Weise streng verlangt.

Im Verkehr mit den Zivilbehörden durchdringt durch den derselbe Geist diese Militärs, dem wir die Habernaffäre zu danken hatten. Den militärischen Befehlen hat sich alles unterzuordnen. Eine in unserem Kreisbistum veröffentlichte Anweisung für den Grenzschutzdienst verfügt die Einsetzung von Ortskommandanten. Diese haben polizeiliche Befugnisse, die nicht näher bestimmt sind, also ins Ungewisse gehen. Es ist da die Rede von Hausdurchsuchungen, die vorgenommen werden dürfen; in allem militärischem Kostensinn wird nur für Unteroffiziere und Mannschaften eine Polizeistunde festgesetzt.

In einem Verbot des 18. A. D. R., der uns im Original vorgelegt hat, heißt es, daß die Arbeiter- und Soldatenräte in der neutralen Zone aufgelöst werden sollen. Die Mitglieder der K. und S. Räte lassen sonst Gefahr, verhaftet zu werden. Unter dieser Vorpiegelung falscher Tatsachen hat sich bereits ein Arbeiter- und Soldatenrat in unserem Kreise aufgelöst.

Berggegenwärtigen wir uns die ganze Einrichtung des Grenzschutzes, so kommen wir zu dem Resultat, daß er dienen soll zur Niederknüppelung der kaum gewonnenen Freiheit durch eine, trotz aller traurigen Erfahrungen des Krieges immer noch übermütigen Herrenklasse.

Truppenzusammensetzung gegen Berlin?

Ein Genosse schreibt uns von einer Reise, die er am Sonntag vom Erfurt nach Halle zwischen Truppen in dritter Klasse ausführte, folgendes:

„Ich kam mit den Fronttruppen in ein politisches Gespräch. Die Soldaten sind erstaunt, als ich ihnen mitteilte, was eigentlich in Deutschland vorgeht. Sie verlangen dringend Auskunft. Man habe ihnen gesagt, daß sich Soldaten- und Arbeiterräte gebildet hätten, die den Dampfschiffverkehr, die Ruhe aufrechtzuerhalten und die Erzeugung gewöhnlicher Waren, von der gewöhnlichen politischen Macht, die in den Händen der K. und S. Räte liegt, haben sie keine Vorstellung. Sie müßten Offiziers- und Unteroffiziers in den G. R. wählen!“

Stöckig wendet sich ein Soldat an mich mit der Frage, ob ich wüßte, daß jetzt Truppen zusammengezogen würden, die in den großen Städten die Ordnung aufrechterhalten sollten. Als ich ihm geantwortet habe, daß das wohl nicht nötig sei, denn die K. und S. Räte sorgten in den einzelnen Städten für Ruhe und Ordnung, da erwiderte er mir: „Ja, wie sollen wohl in diesen Städten die K. und S. Räte aufrechten und haben uns verpflichtet müssen, keine K. und S. Räte unter uns zu bilden. Wir kommen nach Berlin, von dort vorausschicklich nach Berlin und Leipzig.“

Von glaubwürdiger Seite ist uns außerdem noch mitgeteilt worden, daß auch in der Umgebung Berlins Verstärkungen im Gange sind, besonders Freiwilligentrupps zum Schutze der Regierung Ober-Sachdemann zu bilden. Ferner verlangt das Zentrum die Bildung von Freiwilligenformationen zum Schutze der Nationalversammlung. Das sind alles Vorgänge, die die revolutionäre Arbeiterschaft im Auge behalten muß. Solange das große Hauptquartier und die Kommandogewalt der Offiziere noch fortbestehen, ist selbst das wenige, was bisher durch die Revolution errungen worden ist, gefährdet.

Der läppische Breitschwindel.

Seit unserem Versprechen vom 30. 12., den läppischen Breitschwindel energisch zu bekämpfen, ist wieder viel geäußert worden. Daß es uns mit unseren wenigen Zeilen vorher nicht gelungen ist, den Dämonen auf den Fersen zu bleiben, wir wollen aber, daß einige Redungen der letzten Tage im Zusammenhang wiedergeben, weil man an ihnen das Schlimme dieser schamlosen Mode studieren kann, durch die Tag für Tag in gemeingefährlicher Weise die Entente in unsere Politik hineingezogen wird, obwohl sich Clemenceau und Lansing dies schon deutlich genug vertreten haben. Nichts, einfach nichts, was „Vorwärts“ nicht paßt, ohne daß nicht sofort am Tage darauf die Entente-Pressen dies als zwingenden Grund zu ihrer Einmischung erklären würde. Niemals haben die Entente-Bücher und -Zeitungen solches gesagt und geschrieben und doch erfindet's der „Vorwärts“ immer wieder.

Die Art, in der dies den Lesern eingeredet wird, muß endlich einmal zur Warnung, der gesamten Öffentlichkeit, erklärt werden.

Während der Kriegsjahre haben sich die machthaberischen Kräfte der Bourgeoisie eine besonders skrupellose Art der Berichterstattung angewöhnt. Alles, was sie wollten, wurde einfach aus Fern, Fasel, dem Haug telegraphiert, als „Nachricht französischer Blätter“, „neutrale Ansicht“ oder wie sonst der Schwindel betitelt wurde. Und genau so macht es der „Vorwärts“ Tag für Tag. Am 29. 12. brachte er gleich vier solcher Berichterstattungen. Eine über angebliche Zwangsarbeit deutscher Kriegsgefangener, wobei kommt sie? „Zeitungsnachrichten“ melden aus der Schweiz! Keine bestimmte Zeitung, kein Datum, keine Verantwortlichkeit als Verfasser, nicht einmal ein einziges Satz zitiert, einfach Schwindel schämmender Art.

Wird darauf eine Hebe mit dem „S. R.“ am Mittag-„Titel“ „Schwache Stimmung im Ententelager“? Woher diese Weisheit? Wie und aus welcher Quelle mitgeteilt wird? Also wieder Schwindel!

Wird darauf eine Aufhebung Wilsons gegen Berlin, die doch selbstverständlich von der Entente als Aufhebung Wilsons gegen Wilson verstanden werden muß. Denn nur der „Vorwärts“ mit seiner angeblich so mächtigen Reichweite regierung bringt es fertig, sich bei jeder inneren Schwäche der Welt zur Entente zu flüchten und gegen seine proletarischen Verbündeten mit der Entente zu bündeln. Und woher diese Nachrichten, daß die Berliner Verhältnisse „nachdem“ Wilson nicht beizubringen (und auch nicht, D. Red.) und Amerika in den besetzten Gebieten „eingeklinken“ (!) werde? Wieder dieselbe Schwindel, nämlich — besondere Informationen sehen uns in die Lage!

Wird darauf eine Hebung über ein läppisches Abkommen mit der Entente über die „Gemeinschaft von Deutschen“. Die Quelle des „Vorwärts“ ist diesmal allerdings genannt, aber sie riecht noch mehr als die nächstnennenden, „besonderen“ und „zuverlässigen“ Informationen, nämlich das lamose „Holländische Bureau“ „Luzern“, die Kontur der Bombenwerfer im Anstärklichen Amt, das eine Nachricht des Wiener Abendblatts „Telegraph“ zu dieser Hebe weitergibt. Das ist allerdings der Pfaff! Eine Ententeaufstellung von einem „Luzerner“ holländischen Bureau um's als Ozeanname eine Wiener Zeitung, die unseres Wissens überhaupt nicht existiert oder zu mindest völlig obskur ist.

Einen Tag darauf: wieder eine Hebe gegen Wilson! Wieder eine Aufstellung von Berlin gegen Entente und der Entente gegen Berlin. Kurz lustig durchlaufend: heute! Diesmal wird (30. 12. Abendbl.) im Feindrath ein Artikel über die Wehrmacht kämpfe kurzgefaßt. Solche Schlußfolgerungen haben bisher ausschließlich die Amsterdamer Blätter der Bourgeoisie verbreitet. Jetzt tut es das Zentralorgan der sozialdemokratischen Partei.

Was gab es also unter Wilsons Tisch zu hören? Natürlich Behauptungen über die Berliner Weihnachtskämpfe, die ganz wie auf uns, auch auf Wilson einen äußerst schlechten Eindruck gemacht haben. Während für uns die Regierung schuldig ist des schändlichsten Militarismus, läßt der „Vorwärts“ die Tischgespräche Wilsons natürlich ganz anders urteilen. Sie sind, daß „für die Deutschen nur die absolute politische Regierung taugt“. Eine solche schamlose Demerkung soll am Tisch eines ehrlichen Demokraten wie Wilson gefallen sein! Welche keine Eltern, hinter der solche Lüge erfunden ist! Und woher nun diese Nachricht? Dieselbe geheimnisvolle Schwindelquelle! Diesmal heißt es: „Von neutraler Seite wird aus London gemeldet“.

Im Namen des Sozialismus müssen wir Unabhängigen immer wieder gegen diese Hebe protestieren, die den Sozialismus zugunsten der Konterrevolution aufzubeistellt und den revolutionären Sozialismus durch erfundene Drohungen der Entente in seinem Kampfe einflüßelt.

Als Deutsche empfinden wir dieses läppische Instrumente Eingreifen der Entente in unsere inneren Angelegenheiten als Provokation, als Sozialisten bezeichnen wir es als den Verrat des Klassenkampfes.

Der Volksbund gegen Freiheit.

Der „Volksbund für Freiheit und Vaterland“ erklärt eine Ausübung, die mit der letzten „Einrichtung“ beginnt „über die schamvolle Post, in der sich Deutschland befindet“. Wenn wir diese Lage verstanden, darüber geht der edle Bund hinweg. Er ergeht sich lieber in schwärmerischen Träumen und läppischen Schwärmereien. „Kohort“ und „Schmacht“, „Luzern“ ergrüßeln

Wer zur Nationalversammlung wählen will,

muß in der Wählerliste stehen. Die sind unvollständig. Niemand veräume daher, sie einzusehen.

Einheit", von den Wählern ererbter Geist", zu Schutz und Trutz auf Leben und Tod", das ist so etwa der Inhalt dieser „Rundgebung“.

Der „Vollständiger Freiheit und Vaterland“, der vor der Revolution mit Hilfe sozialistischer „Durchführer“ und reformierter Gewerkschaften in einem verschwommenen und rückgratlosen Reform-Programme und zugleich in treuherzig verheißener Konzeptionspolitik machte, verschwand im Anfang der Revolution, schwindend zu Tode erstickend, in der Verleumdung. Jetzt, da die ihm weisheitsverwandten schwächlichen Mehrheitssozialisten am Munde sind, lautet er wieder auf. Er hält wohl seine Zeit für gekommen? Nein! Die Zeit der Reformatoren und Reformfähigen, die Zeit der verheißenen Sunafronen — sie ist vorüber. Das wird der Vollständiger bald merken — und alles, was seiner Seele weisheitsverwandt ist, mit ihm.

Poste behält die Marine.

Zum Vorteil der Reichsregierung ernannte Ministerpräsident von Kiel Postle mit anker seiner neuen Tätigkeit als Minister, spezial als Vorgesetzter für militärische Angelegenheiten, nach seiner Funktionen als Gouverneur von Kiel ausübend. Er stellt dies in folgendem Telegramm an die „Schleswig-Holsteinische Volkszeitung“ mit:

„Der Aufforderung, in die Ministerium einzutreten, glaube ich mich nicht entgegen zu dürfen. Ich werde jedoch auf meinen persönlichen Wunsch die Stellung als Gouverneur von Kiel noch beibehalten. Ich freue mich, daß ich nun Gelegenheit habe, die Wünsche und Anschauungen der mit mir lieb gewordenen Marine der Verwirklichung zu können, mit der ich seit Ausbruch der Revolution besonders eng und kameradschaftlich zusammengearbeitet habe.“

Die Warmisten an der Arbeit.

Durch die gesamte bürgerliche Presse macht folgendes „Telegramm“ die Runde:

Osaka, 8. Januar. (Nachricht des Holländisch-Niederländischen Bureau.) Holländisch-Niederländisches Bureau meldet aus London: Laut einer Mitteilung an „Politiken“ haben die Militärs in England auf die Entwicklung der Lage in Deutschland der deutschen Regierung eine warnende Note geschickt. Der Vertreter des Reiches hat bei der Militärkommission erklärt, daß die holländischen Elemente in Deutschland die Macht in die Hand bekommen, die Militärs sofort alle Unterhandlungen abbrechen und den vorläufigen Frieden rückgängig machen würden.

Erstens kommt dieses Telegramm aus dem „Holl. News-Bureau“. Das ist eine renommierte bekannte Agentur, die seinerzeit von Ludendorff aufgekauft wurde, die jetzt offensichtlich im Dienste des auswärtigen Amtes arbeitet und deren Fälschungen wir schon ein paarmal festgestellt haben.

Zweitens trägt das Telegramm den Stempel der Unwahrscheinlichkeit an der Front. Wenn es heißt: „H. N. meldet aus London: Laut einer Mitteilung an „Politiken“ — so bedeutet das: Niemand wird die Verantwortung für diese Schwindeleinrichtung übernehmen.

Das alles weiß der „Vorwärts“ so gut wie wir. Trotzdem bringt er diese Warnnachricht setzgedruckt an der Spitze des Blattes mit einer tendenziösen ellengedruckten Überschrift.

Weshalb? Weil er mit dem Wobben des Volkswindes auf der einen Seite und dem Antententmarisch auf der anderen die Öffentlichkeit in Schrecken setzen will. Weil er die Furcht und Angst vor der Revolutionierung schüren will.

Der „Vorwärts“ hebt doch der Regierung Ober-Scheldemann nicht so ganz fern. Sollte es ihm wirklich nicht möglich gewesen sein, bevor er solch eine Warnnachricht in die Welt schickte, erst einmal bei Herrn Oberst anzufragen, ob er tatsächlich diese Drohnote erhalten hat?

Er hätte sich fragen können: Er wollte nicht. Er wollte alarmieren. Er wollte lügen.

Öffnung der deutsch-holländischen Grenze.

Berlin, 8. Januar. Die deutsch-holländische Grenzkommission stellt mit Nach einer Mitteilung des Oberkommandos der Militärs in der Handelsverkehr zwischen Holland und den besetzten Niederlanden unter Vorbehalt der Anwendung des Passports frei. Die deutsch-holländische Grenze ist offen. Die belgischen Behörden werden jedoch eine Aufsicht über diesen Verkehr ausüben, um sich dadurch die genaueste Kenntnis der nach beiden Richtungen hin erfolgenden Sendungen zu verschaffen und um später alle zweckmäßigen Maßnahmen vorzuschlagen.

Die Lage in Polen.

Warschau, 8. Januar. Der Bromberger Volksrat teilt mit: Vertreter aus den Städten Posen, Bromberg, Gohensalza und Gnesen haben sich dahin verständigt, daß alle Feindseligkeiten sofort einzustellen sind. Weitere Vereinbarungen sind abzuwarten. Verstärkungen des Grenzschutzes, bezw. Helmschutzes werden, solange dieser Waffensstillstand dauert, nicht herangezogen.

Der gesamte Verkehr, Güter- und Militärverkehr erfolgt wie gewöhnlich. Eine Durchsuchung der Güter, sowie jeder Eingriff in den Verkehr hat unbedingt zu unterbleiben.

Gohensalza, 8. Januar. Nach Mitteilung des Bromberger Volksrates sind die in Gohensalza getroffenen Vereinbarungen von den Deutschen nicht gehalten worden. Sofort nach Schluß der Verhandlungen, als die Vertreter die Räte bestiegen hatten, sind Unruhen in Gohensalza ausgebrochen. Post, Militär und Polizei wurden durch Polen besetzt, sind aber inzwischen von den deutschen Truppen wieder freigemacht worden. In Strelitz wird gekämpft. Anschließend ist durch die Polen erobert und besetzt.

Posen, 8. Januar. Heute nacht kam es wieder zu Schießereien am Bahnhof, aber deren Ursache und Umfang genauere Meldungen noch nicht vorliegen. Nach Mitteilungen des hiesigen Soldatenrates fanden gestern in Strelitz heftige Straßenkämpfe zwischen polnischen Truppen und Heimaufwachtgruppen statt. — Auch in Gnesen sollen Kämpfe mit den Heimaufwachtgruppen begonnen haben. Der Bürgerkrieg nach Gnesen ist seit gestern eingestellt. Verschiedene kleine Städte, wie Kratochyn und Kofen, sind in polnischen Besitz gekommen.

Ende des schlesischen Bergarbeiterstreiks.

Oswiecim, 8. Januar. Der Streik in Oberschlesien ist erloschen. An der Cleophasgrube ist alles bis auf 157 Mann eingeleert, nachdem Verhandlungen zwischen der Bergverwaltung und der Belegschaft katastrophal hatten. An der Lubenigrube ist das Gros der Belegschaft nach Verhandlungen zwischen der Belegschaft und den Beamten eingeleert.

Unruhen in Oberschlesien.

Wrocław, 8. Januar. Wie der Oberschlesische Kurier meldet, kam es nachmittags vier Uhr vor dem Gebäude der Berginspektion zu einem Zusammenstoß zwischen streikenden Bergarbeitern und Militär. Am Gebäude der Berginspektion war ein Maschinengewehr aufgestellt. Als ein junger Arbeiter den Baum überstieg und aufsteigend die Wache angreifen wollte, wurden aus dem Maschinengewehr zunächst Klarmuscheln abgegeben. Ein junger Arbeiter wollte mit einem Revolver auf das Fenster schießen, worin sich das Maschinengewehr befand, worauf die Wache mit Maschinengewehrfeuer antwortete. Zahlreiche Personen der unten angesammelten Menge wurde getroffen, hiebei sind zwanzig Tote und eine Menge Verwundete festzustellen.

Wrocław, 8. Januar. Nach dem Vorfall in Wroclaw wird weiter berichtet: Die Belegschaft der hiesigen Königsgrube ist heute erneut in den Ausbruch getreten. Die aufständischen Massen forderten vor allen Dingen die sofortige Entfernung der Truppen aus Königsgrube. Auf dem Wege zum Gebäude der Berginspektion stellten sich Volkseigenen der Wache entgegen, sie wurden mißhandelt und teilweise entworfen. Die Wache verlangte Zutritt in dem Verwaltungsgebäude, welches eine Wirtshaus-Läger besetzt hielt. Diese machten den Leuten klar, daß sie nur in der Form einer Deputation Zutritt erlangen könnten. Diese Vorstellungen blieben erfolglos und es kam zu dem gemeinsamen Zusammenstoß. Abends um 7 1/2 Uhr wurde der Besetzungsbau über Königsgrube verhängt. Die Ruhe war um diese Zeit noch nicht ganz wieder hergestellt.

Die belgischen Sozialisten und die Internationale.

Amsterdam, 8. Januar. (W.F.) Die „Algemeen Handelsblad“ aus Brüssel meldet, wurde bei den Beratungen der Leitung der belgischen Arbeiterpartei am 1. Januar über die Frage der Teilnahme an der Lausanner Konferenz Duzmans wegen seines Zusammengehens mit den deutschen Mehrheitssozialisten angegriffen.

Duzeau sagte, die belgische Arbeiterpartei könne erst dann mit den deutschen Sozialisten zusammenkommen, wenn diese offen ihre Willkür über die Unterdrückung der imperialistischen Vorkriegsausgesprochen haben würden. Das scheint die Ansicht der Mehrheit der Parteileitung zu sein.

Wauters sagte, der Krieg sei noch nicht aus und ein Zusammengehen mit Scheldemann und den Zimmerwärdern (1) würde eine tödliche Verletzung der öffentlichen Meinung sein.

Vanderweelde sagte, er sei nicht immer derselben Ansicht gewesen wie Duzmans. Stockholm wäre für die Internationale eine Katastrophe geworden. Aber Duzmans habe sich nicht vor der Parteileitung, sondern vor der Internationale zu verantworten. Vanderweelde denke über die deutschen Mehrheitssozialisten nicht viel günstiger als Duzeau. Aber jetzt, wo der Krieg tatsächlich vorbei sei, sei die Frage, ob man mit der deutschen Mehrheit zusammenkomme oder nicht, nicht mehr von großer Bedeutung. Er werde ihr bei Gelegenheit selbst scharfe Worte machen. Mit Rücksicht auf den Völkerbund und den Kampf gegen den überaus aufblühenden Völkerverein, der in 20 Jahren wieder zu einem Krieg führen könnte, sei der Zusammenschluß aller Kräfte erwünscht. Nach einer schlichten Verteidigung Duzmans, der sich Vanderweelde anschloß und die Internationale als unentbehrlich in einem Kampfe gegen den Chauvinismus und den zukünftigen Wirtschaftskrieg erklärte, beschloß die Parteileitung auf Antrag von Vanderweelde, sechs später zu ernennende Delegierte ohne bestimmte Mandate zu der internationalen Konferenz nach Lausanne zu entsenden, über die Frage der Teilnahme an der internationalen Konferenz noch näher zu erwägen.

Die englischen Arbeiter für den Völkerbund.

Amsterdam, 8. Januar. Nach einer Neuentdeckung aus London wurde bei der gestrigen Rundgebung in der Überbrücke eine von Henderson eingebrachte Entschließung angenommen, in der gesagt wird: Die Versammlung schließt sich dem Willkommensgruß an, der Wilson von dem Gewerkschaftskongress entboten wurde. Der parlamentarische Ausschuss und die Zeitung der Arbeiterpartei wünschen ihm und allen denen, die für die Völkerbundsideen arbeiten, Glück zur fast allgemeinen Annahme des Völkerbundes, als einziges Mittel zur Vermeidung zukünftiger Kriege. In der Resolution wird an die offizielle britische Friedensdelegation appelliert, sie möge in den Friedensvertrag als eine der Hauptbestimmungen die definitive Einführung des Völkerbundes aufnehmen. Ramsay MacDonald erklärte: Unsere Gegner haben uns die Tore des Unterhauses verschlossen, aber sie haben uns gleichzeitig das Tor nach dem Lande geöffnet. Der Geist, der den Völkerbund lenken muß, ist in den Reihen der Koalition nicht zu finden.

Die englischen Arbeiter nach den Wahlen.

London, 8. Januar. Der nationale ausführende Ausschuss der Arbeiterpartei sah die Beschlüsse, daß die Erfolge der Partei bei den Wahlen die unmittelbaren Bemühungen zur Organisation für die nächsten Wahlen rechtfertigen. Zum Schluß ermahnt man die durch die Wahlen von sozial Kandidaten — durch die die Partei die größte Gruppe der Opposition bildet — geschaffene parlamentarische Lage.

Amsterdam, 8. Januar. (Neuentdeckung.) Nach dem „Daily Telegraph“ hat die Arbeiterpartei beschlossen, auf den Titel einer offiziellen Opposition im Unterhaus Anspruch zu erheben. Die Partei hat verlangt, daß der Name des Vorsitzenden in die Liste der Redner aufgenommen wird, die

auf die Thronrede antworten werden. Der Vorsitzende wird bei dieser Gelegenheit als Leiter der Opposition sprechen.

Amsterdam, 8. Januar. Nach einer Neuentdeckung aus London sagte der Lebensmittelkontrolleur Gibson bei einem Bankett in London unter anderem: Er wünsche die Neutralität und den Einfluß über die er verfüge, dazu zu benutzen, um in der schärfsten Weise gegen die Erklärungen Stellung zu nehmen, in denen die organisierten Arbeiter aufgefordert wurden, sich der industriellen Waffe des Ausbruches zur Erreichung gewisser politischer Ziele zu bedienen. Er wünsche, daß die Arbeiter sich mit dem Ausgang der Wahlen abfinden. Die Wählerliste die einzige Waffe, die sie anzuwenden brauchen, um ihre Ziele zu erreichen. Er wünsche, daß die Arbeiter für Ordnung und Weisheit eintreten, denn es könne die Zeit kommen, wo die Arbeiter selbst berufen sein werden, Gesetze zu machen, um den agierenden Schichten der Gesellschaft ihre Einkünfte zu verlangen. Er bedauere den Beschluß der Arbeiterpartei, der es ihm zur Pflicht mache, seine Stelle in der neuen Regierung anzunehmen. Er dürfe sich aber das Vertrauen der Arbeiterklasse nicht verleiern und habe deshalb die Absicht, sich der Entscheidung der Arbeiterkonferenz zu fügen.

Die Wählerlisten und die Soldaten.

Dieses besteht noch Unklarheit darüber, in welcher Weise die Verionen des Soldatenhandes in die Wählerlisten eingetragen sind, damit sie gemäß § 8 des Reichswahlgesetzes vom 30. November 1918 an den Wahlen zur verfassunggebenden deutschen Nationalversammlung teilnehmen können. Die Auffassung, daß die Truppenverbände eigene Wählerlisten aufstellen können, ist unrichtig. Auch die Militärpersonen müssen in die von den zuständigen Reichsbehörden räumlich abgrenzten Stimmbezirke einbezogen werden. Angehörige der noch häufigen Truppenverbände werden es bei der Wahlprüfung vorläufig gebilligt werden, wenn der Standort als Wohnort im Sinne der Wahlvorschriften aufgeführt wird. Bei der Eintragung der Militärpersonen in die Wählerlisten wird nach Möglichkeit vermieden werden müssen, daß die Militärpersonen sowohl an ihrem Standorte und daneben noch an ihrem Wohnorte im bürgerlichen Sinne eingetragen werden, weil solche Doppelregistrierungen leicht zu Doppelwahlen führen. Die nach § 108 des Strafgesetzbuches strafbar sind. Die Militärpersonen müssen ebenso wie die Zivilpersonen bis zum 6. Januar 1919, dem letzten Tage der Auslegung- und Einprüfungsfrist, eingetragen werden oder es muß wenigstens bis zum Ablauf dieses Frist im Wege des Einbruchs die Eintragung verlangt werden. Nach Ablauf der Frist können Eintragungen in die Wählerliste nur in Ermüdung rechtzeitig angebrachter Einsprüche erfolgen. Bei Truppenverlegungen, die später erfolgen, können Umänderungen nach § 8 Abs. 2 der Wahlordnung in Frage kommen. Ohne Eintragung in die Wählerlisten können nur Militärpersonen, die erst nach dem 6. Januar 1919 aus dem Felde heimkehren, auf Grund von Scheineinlagen wählen, die nach näherer Vorchrift der Verordnung vom 25. Dezember 1918 (Reichs-Gesetzl. S. 1470) von den zuständigen militärischen Stellen auszustellen sind.

Die preussische Regierung gegen übermäßige Lohnkürzungen.

Die preussische Regierung erläßt folgende Verordnung: Die Lohnbewegung unter der Arbeiterschaft hat in letzter Zeit nach Art und Umfang eine Entwicklung genommen, die die schwersten Beeinträchtigungen erweckt und weite Gebiete der Gütererzeugung zum Erliegen bringen muß. Die belagerten, aber unvermeidliche Folge davon kann nur Arbeitslosigkeit, Hunger und Elend sein. Die Betriebe des Staates unterliegen in dieser Beziehung den gleichen wirtschaftlichen Bedingungen wie die privaten. Weder Bergbau und Eisenbahn noch alle übrigen Staatsbetriebe können es längere Zeit ertragen, daß ihre Ausgaben die Einnahmen übersteigen. Diese Gefahr ist aber bereits in bedrohlichem Maße eingetreten. Es wird deshalb zur gebieterischen Pflicht der Staatsregierung, dem Anwachsen der Lohnausgaben über das Maß des Ertrüglischen hinaus mit Festigkeit entgegenzutreten. Die Herren Reichsminister werden daher ersucht, an sie herantretende Lohnforderungen zwar in voller Würdigung der jetzigen Bedürfnisse der Arbeiterschaft, aber auch sorgfältig darauf hin zu prüfen, ob nicht durch die Bewilligung der in Frage kommenden Betrieben Lagen aufzulegen werden, die sie nicht ertragen können, ohne zu eskalieren, und die somit die gesamte Finanzverwaltung des Staates gefährden. In diesem Falle sind die Forderungen zurückzuweisen.
Dirch. Ströbel, Braun, Ernst, Wolf, Hoffmann, Rosenfeld.

Beschlagnahme erzhertzoglicher Güter.

Wien, 8. Januar. Wie die Wähler aus Leoben melden, hat die polnische Rada Karadoma die Beschlagnahme des Erzherzog Friedrich im Lechner, Waler und Freihüter Bezirk in Besitz genommen. Die Warschauer Regierung hat die Beschlagnahme der Güter des Erzherzogs Friedrich bestätigt.

Arbeitsmarkt.

Arbeit bei Berlin.

In der Nähe von Berlin werden gesucht:

1000

Abraum- u. Tagebauarbeiter

für die Rübischen Montanwerke H. W., Halle a. d. Saale und die Wismarer Braunkohlenwerke Wismar bei Dorn a. d. Saale.

ungelernte Erdarbeiter

für die Braunkohlenwerke bei Halle a. d. Saale und bei Bitterfeld.

Es werden die Löhne gezahlt, die von den dortigen Arbeitern, tätigen feststeht sind.
Nähere Angaben bei allen Arbeitsnachweiser.

Sonntag, 5. Januar, 9 Uhr vorm. Flugblattverbreitung von den bekannten Lokalen aus.

Neuordnung des Arbeitsrechts.

Von halbamtlicher Seite wird geschrieben:
Die veränderte Stellung der Arbeiter und Angestellten und ihrer Verbände im Wirtschaftsleben, die in der Vereinbarung zwischen den großen Verbänden der Arbeitgeber und der Arbeitnehmer vom 15. November 1918 Anerkennung gefunden hat, sowie die Aufhebung des Gesetzes über den bürgerlichen Hilfsdienst haben eine Umgestaltung und einen neuzeitlichen Ausbau unseres Arbeitsrechts notwendig gemacht. Beides bringt die im Reichsarbeitsamt ausgearbeitete Verordnung des Reichspräsidenten vom 23. Dezember d. J., die am 27. Dezember in Kraft getreten ist.

Die neue Verordnung beschäftigt sich zunächst mit einigen wichtigen Fragen des

Tarifvertragsrechts.

Sie erfüllt die alte Forderung nach unabhängiger Verbindlichkeit der Tarifbestimmungen. Schriftlich abgeschlossene Tarifverträge sind nunmehr kraft Gesetzes für die von ihnen getragenen Arbeitverhältnisse verbindlich und Abweichungen von ihnen nur insoweit rechtmäßig, als sie im Tarifvertrag selbst grundsätzlich zugelassen sind, oder, soweit sie eine Änderung der Arbeitsbedingungen zugunsten der Arbeiter enthalten und im Tarifvertrag nicht ausdrücklich ausgeschlossen sind. Das gilt zunächst nur für solche Arbeitgeber und Arbeitnehmer, die Vertragsparteien des Tarifvertrags oder Mitglieder der vertragschließenden Vereinigungen sind oder bei Abschluss des Arbeitsvertrags gewesen sind oder die einen Arbeitsvertrag unter Berufung auf den Tarifvertrag abgeschlossen haben. Die Verordnung sieht jedoch auch eine — unter Umständen erhebliche — Ausdehnung des Tarifrechts über diesen Personenkreis hinaus vor. Das Reichsarbeitsamt kann nämlich Tarifverträge, die für die Gestaltung der Arbeitsbedingungen in dem Tarifgebiet überwiegende Bedeutung erlangen haben, auf Antrag für allgemein verbindlich erklären. Durch diese Erklärung erlangen die Tarifbestimmungen die Bedeutung eines allgemein verbindlichen Arbeitsrechts, das, ohne Rücksicht auf den Willen der Beteiligten alle Arbeitsverträge erfasst, die innerhalb des Tarifgebiets nach der Art der Arbeiten unter den Tarifvertrag fallen. Derartig allgemein verbindliche Tarifverträge werden in ein jebermann zugängliches Tarifregister eingetragen, und im Deutschen Reichsanzeiger bekannt gemacht.

Der zweite Abschnitt der Verordnung betrifft die Arbeiterausschüsse und Angestelltenausschüsse.

Die gesetzliche Pflicht zur Errichtung solcher Ausschüsse ist erheblich erweitert worden. Nach der neuen Verordnung sind in allen Betrieben, Verwaltungen und Büros, und zwar nicht nur gewerblicher, sondern auch landwirtschaftlicher und anderer Art, in denen in der Regel mindestens 20 Arbeiter oder Angestellte beschäftigt werden, solche Ausschüsse zu errichten. Soweit schon nach dem Hilfsdienstgesetz Arbeiter- oder Angestelltenausschüsse bestanden, haben neuwahlen stattzufinden. Das Alter der Wahlberechtigung und der Wahlbarkeit ist vom 21. auf das 20. Lebensjahr herabgesetzt; im übrigen sind hinsichtlich der Wahlen die bisherigen Bestimmungen im wesentlichen beibehalten.

Ebenfalls erweitert sind die Aufgaben und Befugnisse der Ausschüsse. Sie haben künftig in Gemeinschaft mit dem Arbeitgeber darüber zu wachen, daß in dem Unternehmen die maßgebenden Tarifverträge durchgeführt werden, und, soweit eine tarifliche Regelung nicht besteht, im Einvernehmen mit den beteiligten wirtschaftlichen Vereinigungen der Arbeiter oder der Angestellten (Gewerkschaften usw.) bei der Regelung der Löhne und sonstigen Arbeitsverhältnisse mitzuwirken. Außerdem ist ihnen neu eine Mitwirkung bei der Bekämpfung der Unfall- und Gesundheitsgefahren in dem Betriebe übertragen. Wie bisher ist den Arbeitgebern und ihren Vertretern bei Strafe untersagt, die Arbeiter oder Angestellten bei den Wahlen zu den Ausschüssen oder bei der Ausübung der Tätigkeit als Ausschussmitglied zu behindern oder sie wegen der Übernahme oder der Art der Ausübung dieser Tätigkeit zu benachteiligen.

Im dritten Abschnitt wird die Schlichtung von Grenzstreitigkeiten

ähnlich wie im Hilfsdienstgesetz (§ 18) geregelt. Eine Neuordnung besteht darin, daß die Schlichtungsausschüsse, in denen nach wie vor je zwei ständige und je ein nichtständiger Vertreter der Arbeitgeber und der Arbeitnehmer Sitz und Stimme haben sollen, auch ohne unparteilichen Vorsitzenden verhandeln und beschließen können, wenn die ständigen Vertreter sich hierüber einigen. In diesem Falle wählen sie aus ihrer Mitte einen Vorsitzenden. Andernfalls wählen sie einen unparteilichen Vorsitzenden, und nur wenn die Wahlen zu keinem Ergebnisse führen, ernannt ihn die Landeszentralbehörde. Als ständige wie als nichtständige Vertreter der Arbeitgeber und der Arbeitnehmer können künftig auch weibliche Personen berufen werden.

Die neuen Schlichtungsausschüsse haben nur noch die Aufgaben von Einigungsämtern. Auch diese Tätigkeit sollen sie aber nur übernehmen, soweit nicht auf Grund von Tarifverträgen oder sonstigen Vereinbarungen zwischen Arbeitgebern und Arbeitnehmern besondere Einigungs- oder Schlichtungsstellen zuständig sind. Der Schlichtungsausschuss soll, auch wenn er nicht angerufen ist, sobald ihm Arbeitsstreitigkeiten bekannt werden, darauf hinarbeiten, daß Einigungsverhandlungen stattfinden und diese selbst in die Hand nehmen.

Eine bedeutsame Neuordnung bringt die Verordnung durch die Vorschriften, daß in wichtigen Fällen das Reichsarbeitsamt die Durchführung des Einigungs- und Schlichtungsverfahrens selbst übernehmen oder sie in einer anderen Schlichtungsstelle, insbesondere einer bundesstaatlichen, zuweisen kann. Hiermit ist die Grundlage für eine zentrale Einigungsbehörde geschaffen, wie die Bestimmungen über die Befugnis des Reichsarbeitsamts, Tarifverträge für allgemein verbindlich zu erklären, solche Verträge zu registrieren, die Anfänge eines allgemeinen Tarifrechts enthalten.

Das Schlichtungsverfahren sieht sich noch der Verordnung so ab, daß, wenn bei einer Streitigkeit über Löhne oder sonstige Arbeitsverhältnisse eine — nicht zunächst zu verbindende — Einigung zwischen dem Arbeitgeber und dem Arbeiter- oder Angestellten-Ausschuss beim Fehlen eines solchen Ausschusses

zwischen dem Arbeitgeber und der Arbeiterschaft oder Angestellten nicht zustande gekommen ist, der Schlichtungsausschuss von jeder der Parteien angerufen werden kann, falls nicht nach den obigen Ausführungen eine andere Schlichtungsstelle in Betracht kommt. Der Schlichtungsausschuss stellt dann durch Anhörung der Parteien und nötigenfalls von Auskunftsgebern den Streitfall klar, versucht eine Vereinbarung zustande zu bringen und gibt, wenn dies fehlschlägt, einen Schiedsspruch ab. Ein Schiedsspruch ist auch dann abzugeben, wenn eine der Parteien nicht erscheint oder nicht verhandelt. Ein Zwang, sich dem Schiedsspruch zu unterwerfen, ist in Uebereinstimmung mit den Wünschen weiter Kreise der Arbeitnehmer wie der Arbeitgeber auch in der neuen Verordnung nicht vorgesehen. Ein solcher Schiedsspruch, der auch, wenn sich nicht beide Parteien ihm unterwerfen, mit den darauf abgegebenen Erklärungen der Parteien zu veröffentlichen ist, wird aber, wie nach den gemachten Erfahrungen zu erwarten ist, regelmäßig einen hohen moralischen Druck, namentlich auf die Arbeitgeber ausüben, zumal unter den gegenwärtigen Verhältnissen.

Den Gewerkschaften und anderen wirtschaftlichen Vereinigungen der Arbeitnehmer wie der Arbeitgeber ist in der Verordnung eine weitgehende Mitwirkung sowohl bei den Verhandlungen der Arbeiter- und Angestellten-Ausschüsse mit dem Arbeitgeber als auch im Schlichtungsverfahren gesichert.

Das Verfahren vor den Schlichtungs-Ausschüssen ist lohn- und strempelfrei.

Groß-Berlin.

Leht die Wählerlisten ein!

Bei der Einsicht in die Wählerliste stellt sich heraus, daß einige Wahlberechtigte in den Listen fehlen, auch daß viele Namen falsch geschrieben sind. Es wird uns mitgeteilt, daß alle diejenigen fehlen, die Anfang Dezember aus dem Heere entlassen worden sind. Die letztgenannte Kategorie von Wählern kann sehr leicht und Wahlrecht kommen, wenn nicht sofort die Eintragung beantragt wird. Diese Entlassenen müssen die vollständige Anmeldung mitnehmen, damit sie nachgetragen werden können.

Es sei ausdrücklich darauf aufmerksam gemacht, daß die Listen nur noch bis Montag, abends 7 Uhr, aufliegen. Sichere sich Jeder sein Wahlrecht!

Im Lazarett.

Im Nordwesten. Ehemals diente es als Versammlungsort, in dem Tausende den Ausführungen unserer Redner lauschten. Heute stehen Betten darin, Bett an Bett. Ein Lazarett ist aus dem großen Raum geworden. Soldaten, die draußen ihre Knochen zu Markte getragen und die von den Angein verlegt oder durch andere Einwirkungen an ihrer Gesundheit geschädigt sind, sind jetzt die ständigen Gäste dieses großen Saales. Es sind eigentlich zwei Säte, denn auch in den unteren Räumen sind Kranke untergebracht: Kriegsooper. Ihre Welt ist das Lazarett, ihre Unterhaltung, das gemeinsame Leid, die gemeinsame Sorge. Aber auch sie sollen am 19. Januar ihr Wahlrecht ausüben. Sie sind durch die lange Dauer des Krieges in der Politik nicht recht auf dem Laufenden, können es auch nicht sein. Aber viele von ihnen haben auch den Wunsch, zu hören und zu wissen. Da wird verkündet: heute haben wir eine Versammlung; im großen Saal soll sie stattfinden. Die in den unteren Räumen liegen und einzigermaßen die Treppe hinauffönnen, schließen sich darauf. Es ist ein eigentümliches Bild, das sich uns darbietet. Auf dem Bettrande sitzend, in ihre blaue gestreifte Lazarettkleidung gehüllt, blickt man hin und her sehende Säuweltern, warten sie darauf, was ihnen der Redner da oben, der auf dem Podium neben einem Weihnachtsbaum steht, sagen wird. Ein an einem Stod gehender Genosse, dem das Bein geschient ist, eröffnet die Versammlung und erteilt dem Redner unserer Partei das Wort.

Er knüpft an die Situation an, wie er sie vorfindet. Er sagt, daß es sonst Brauch ist, wenn man nach einem Kranken- oder Lazarettbesuch, den Anissten Trost und Hoffnung, Freude am Leben zu bringen, sie blickend austauschen über ihre Leiden und Schmerzen. Heute soll mit einem Worte auch über den Ernst des Lebens gesprochen werden, beherzige doch den Kranken, namentlich den Lazarettkranken, stark der Gedanke an seine Zukunft. Eines ist doch auch für unsere verwundeten Soldaten erspürlich, nämlich die Tatsache, daß der Krieg zu Ende ist und daß nicht die Befürchtung besteht, wenn der eine oder der andere wieder herbeigeholt ist, daß er wieder ernst hinaus muß und daß niemand mehr zu befürchten habe, erneut als Schlachtopfer zu dienen. Opfer seien genug gefallen, und nur dem Proletariat in der Arbeitsschluse und im grauen Rod sei es zu danken, daß endlich das Gewaltregiment gestürzt worden sei. Und nun erzählt der Referent seinen immer aufmerksamer werdenden Zuhörern, wie das alles gekommen und warum das so sein mußte. Und daß Wilhelm, der immer von den Soldaten Treue bis in den Tod verlangt habe, bis die „Feinde niedergewungen“, der erste war, der seine das Soldatenpanier erariff und nicht mehr zu seinem „geliebten Volke und Vaterlande“ zurückkehrte. Einem Soldaten war für eine solche Tat der Tod angedroht. Und dann sollte der Redner seinen Zuhörern, warum dieser Krieg gekommen, in wessen Interesse er geführt worden sei und warum überhaupt Krieg geführt werden. Er erzählte ihnen im Blaubertone, daß die Ursachen des Krieges fortbeständen. Wohl hätten wir heute politische Freiheiten, das sei sehr gut und schön, aber wir litten noch unter dem Joch kapitalistischer Ausbeutung. Diese zu befreien, die Menschen ganz frei zu machen, müsse das Ziel sein. Da gilt es noch immer zu kämpfen. Am 19. Januar sollen die Wähler zur Nationalversammlung wählen. Diese Einrichtung sei kein Alibi. Man könne auf die Zusammenkunft einen Einfluss ausüben durch die Abgabe eines Stimmzettels; das sei notwendig, um der Reaktion nicht restlos alle Gewalt in die Hände zu geben, aber bestehen bleibe noch wie vor, daß die arbeitende Klasse mit aller Entschiedenheit ihre endgültige Befreiung aus allen Fesseln erstrebe. Die Unabhängige sozialdemokratische Partei habe dieses Streben auf ihre Fahne geschrieben. Sie

sei schon immer verfolgt und geknebelt worden. Man hüte sich vor falschen Freunden, die während des Krieges Schildbäuer der bürgerlichen Klassengesellschaft gewesen seien.

Die Zuhörer waren ganz bei der Sache, man merkte vielen an, daß sie ihre Schmerzen dabei vergaßen.

Arm in Arm.

Die Demonstration, die am letzten Sonntag die Scheidemänner gemeinsam mit dem Bürgertum veranstalteten, hat bei gewissen Bevölkerungskreisen ein Gefühl des Wohlbehagens ausgeföhrt. Die Herrschaften, denen das Wort Revolution ein Grauel ist, die nur mit Grausen an eine sozialistische Republik denken können, fassen ihre Gedanken am sichersten unter den Fittichen der Oberregierung geborgen. Von dieser Seite aus droht ihnen keine Gefahr. Deshalb versuchen sie den indifferenten Scheidemann-Anhang zu stärken. Durch Zuführung neuer Kräfte soll der Welt demonstriert werden, als sei das gefasste deutsche Volk regierungsfähig gesonnen. Das heißt also: abgeneigt gegen einen weiteren Ausbau der revolutionären Erregungszustände, abgeneigt gegen die Beseitigung des Privateigentums an den Produktionsmitteln, abgeneigt gegen die Einführung der sozialistischen Republik! So gehen denn die Herrschaften wieder auf den Stempelgang aus. Am gestrigen Tage sind durch die Straßen Berlins Plakate folgenden Inhalts getragen worden:

„Bürger und Reichsfeindliche! Kommen! Sonntag, den 5. Januar eine noch überwältigendere Kundgebung! Getrennt marschieren! Vereint schlagen! Fahnen und Einsprüche mitbringen! Vereine, Innungen, Gewerke heranz! Für Ordnung und Ordner sorgen. Hoch die Nationalversammlung!“

Wer steht hinter diesem Aufruf? Etwas die Reichsfeindschaften selber? Eine Antwort darauf ist unbedingt erforderlich. Es liegt durchaus im Rahmen der von den Scheidemann-Sozialisten bisher geleiteten „revolutionären“ Arbeit, wenn sie sich bei ihren Kundgebungen auf das Mitwirken des Bürgertums stützen. Die schönen Erinnerungen des vorigen Sonntags, wo die Scheidemänner mit den realistischen Bürgerkreisen Arm in Arm durch die Straßen zogen, sollen scheinbar neu aufgeführt werden. Getrennt marschieren — vereint schlagen! Das heißt also die Revolution niederknüppeln. Denn schlagen will man doch doch noch links, wie man es bisher in ausgiebiger Weise getan hat.

Es würde viel zur Erhellung der politischen Situation beitragen, wenn dem vereinten Schloßen, welches durch schreiende Plakate so lebhaft propagiert wird, bald ein vereintes Marschieren folgen würde. Denn Scheidemann und Bürgertum; die revolutionäre Arbeiterschaft steht zwischen beiden schon seit langem keine allzu großen Gegensätze mehr. Warum also noch die Scheinheiligkeit nach außen?

Konferenz der kommunalen Arbeiterräte Groß-Berlins.

Am gestrigen Nachmittag fand im Abgeordnetenhaus eine Versammlung der Delegierten aus den Arbeiterräten der Groß-Berliner Gemeinden statt. Richard Müller, der den Vorsitz führte, bezeichnete als Zweck der Versammlung die Aufstellung von Richtlinien für die Arbeiten in den Kommunen. Nach längerer Debatte, in der bedauert wurde, daß eine derartige Zusammenkunft nicht schon früher einberufen worden sei, gelangte folgende Resolution mit großer Mehrheit zur Annahme:

„Die Konferenz ist durchdrungen von der Erkenntnis, daß den K. u. S.-Räten als Vollzugsorgan der revolutionären Proletariats alle politische Macht gehört und daß die K. u. S.-Räte bezwecken sind, insbesondere die Verwaltung der Gemeinden im Sinne der revolutionären Sozialdemokratie durchzuführen. Deshalb muß die Macht der kommunalen K. u. S.-Räte durch das revolutionäre Proletariat derart gestärkt werden, daß sie nicht nur das Kontrollrecht, sondern die unmittelbare Vollzugsbefugnis in allen kommunalen Angelegenheiten ausüben können.“

Um ein möglichst einheitliches Zusammenarbeiten aller Groß-Berliner kommunalen Arbeiterräte mit dem Ziel der Durchführung der sozialen Revolution zu ermöglichen, sind entsprechende Richtlinien aufzustellen.“

Zu diesem Zweck wurde eine 14gliedrige Kommission gebildet, bei deren Zusammensetzung die Zentralen der Berliner und der Landkreise berücksichtigt werden. Die Kommission setzt sich zur Hälfte aus Angehörigen der K. u. S. P. D. und S. P. D. zusammen. Die Richtlinien sollen einer am 10. d. M. stattfindenden Versammlung aller Mitglieder der kommunalen K. u. S.-Räte und zur endgültigen Beschlußfassung den Groß-Berliner K. u. S.-Räten vorgelegt werden.

Viel hat, den Volksgedank nicht mit drilichen Einzelfragen zu bestürmen. Diese müßten in den Kreisen erledigt werden.

Kellner demonstrieren gegen die bürgerliche Presse.

In den gestrigen Vormittagsstunden zog ein nach Lankensleben ziehender Zug von Demonstranten vor die Redaktion eines mehrerer bürgerlicher Blätter. Es waren die im Ausbilden befindlichen und ausgesperrten Kellner, die, geführt von Verband der Gastwirtschaftlichen, ihrer Entrüstung Ausdruck geben wollten über die verlogene und parteiische Darstellung, die die bürgerliche Presse über die Ursachen und die Entwicklung des Kellnerstreits gegeben hat. — Auch vor dem Gebäude der „Freiheit“, in dem sich u. a. die Redaktion des „Illustrierten“ befindet, erschienen die Demonstranten. Aus dem Zug der rote Fahnen und Plakate mit Aufschriften wie „Brot mit den Kringselberrn!“ „Doch der Nationaltag!“ mit sich führte, erklärte immer wieder der Ruf: „Nieder mit dem Illustrierten!“ „Nieder mit der bürgerlichen Presse!“ Die Führer erklärten in kurzer Ansprache den Sinn der Demonstration, während eine Deputation von den Redakteuren des „Illustrierten“, die sich übrigens nicht blicken ließen, die Mitschuldung ihrer falschen Berichterstattung forderte. Nach einem spontanen Hoch auf die „Freiheit“ legte sich der Zug in größter Ordnung und Ruhe wieder in Bewegung, um vor den anderen Längendruck (Mitteln und Rasse) zu demonstrieren. — Die vorher beschlossene Resolution lautet:

„Hiermit protestieren wir gegen die tendenziöse, parteiische Einstellung der bürgerlichen Presse gegen die Bewegung der Gastwirtschaftlichen. Während jeder Verleumdung, jeder Unwahrheit billig Raum in dieser Presse gegeben wird, unterdrückt die gesamte bürgerliche Presse an der „Freiheit“ bis zum „Berliner Tageblatt“ jede Veröffentlichung der Gastwirtschaftlichen, selbst wie neuerdings dem „Illustrierten“ in der Form bezogter Inserate.“

Wenn die bürgerliche Presse wirklich nicht einmal die Veröffentlichungen der Streikenden und Ausgesperrten veröffentlichen

hat, kann man sich wirklich die Ruhe und Besonnenheit der Demonstranten bewundern, vor solch unerschütterter Beruhigungsfähigkeit.

Zur Beachtung.

Die Forderungen öffentlicher Versammlungen, ganz gleich welcher Partei, werden dringend ersucht, in den Sälen während den Versammlungen einen geeigneten Raum für die Arbeiter-Samariter mit zu besorgen.

Durch den mörderischen Krieg ist ein großer Teil der Kriegsteilnehmer mit Krämpfen usw. befallen, die bei Auswegungen schnell auftreten.

Wenn die Versammlungen nicht gelindert werden sollen, müssen die Kranken zur Verfügung in den besonderen Raum geschafft werden, wo sie von den anwesenden Samaritern behandelt werden können.

Forum Genossen (Einberufer), acht nicht leichtfertig über obiges hinweg, sondern beachtet dieses im Interesse der Kranken Genossen und der Versammlungen.

Der Vorstand der Arbeiter-Samariter-Kolonie Groß-Berlin.

Die Neueinkleidung der Entlassenen.

Nach neben fortgesetzten Ausfahrten zu, die sich über Mikäha bei der Neueinkleidung aus dem Reize zurückgekehrter Mannschaften andauern. Besonders wird darüber geklagt, daß niemand erlaubt, wo er seinen Anspruch geltend machen kann; die Leute werden von einem Ort zum anderen geschickt und oft verzeuht. Viele von ihnen verfluchen bedauerlich die Arbeit und haben Einsicht an Galt. Es wäre wohl zu wünschen, daß die betreffenden Behörden hier einmal für Ordnung sorgen und durch öffentliche Bekanntmachung jedem einzelnen Kufflar zu geben. Daß nicht alle zugleich befristet werden können, ist unter den abzuwartenden Umständen wohl zu verstehen. Wenn einer ledig aber so abgerufen aus dem Reize zurück, daß seine schnellste Versorgung mit neuer Kleidung dringend erforderlich ist.

Die Auslenkungen der Wählerlisten für die verfassunggebende Nationalversammlung werden für die Stadt Berlin und für die größeren Vorortgemeinden noch durch öffentlichen Ankündigung besonders bekanntgegeben.

Ein Mitglied des Jubiläum als Stadtvorsteher kann heute unter Genosse Gouttied Schula berechnen. Unter Jubilar wurde vor 25 Jahren von unseren Genossen zum ersten Male in die Berliner Stadtvorsteherversammlung gewählt. Seit dieser Zeit ist er ununterbrochen Mitglied und hat auf den verschiedensten Gebieten der städtischen Verwaltung sich in wirksamer Weise im Interesse der arbeitenden Bevölkerung betätigt. Mit wünschenswerten uniformen Jubilar, der selbstverständlich Mitglied der Unabhänghgen Sozialdemokratischen Fraktion ist, daß er noch recht lange Kraft haben möge, für die Armen und Entsetzten zu wirken.

Eine Konferenz der Arbeiterräte der U. S. V. hat gestern nachmittag im Abgeordnetenhaus stattgefunden. Eine vorbereitende Aufkündigung in der „Arbeiterzeitung“ ist infolge eines Beschlusses unserer Expedition unterblieben.

Der Raubmord im Hotel Wblon, mit dessen Aufklärung die zuständigen Behörden nach allen Richtungen auf das Eifrigste beschäftigt sind, ist von langer Hand sorgfältig vorbereitet worden. Der Täter ist ebenso wie im September die auch heute noch nicht entlarvten und ermittelten „Gebrüder Stubenrauch“ in der Spandauer Straße planmäßig und raffiniert vorgegangen. Er hat alle Vorbereitungen und Maßnahmen an den Hofkellern geschloffen, in der Absicht zwischen Schlafstube und Salon die Wärme des Wasser lauten lassen, um sich, wenn die Aufklärung des Verbrechens nicht unendlich verzögert wäre, gut säubern zu können. Aus der Liste des Hofkellers wurde festgestellt, daß der angegebliche von Winterfeldt, um mit dem Geldbrieffräger bekannt zu werden, zwei Nachkommensbriefe an seine Adresse im Hotel Wblon geschickt hat. Der eine ist in N. C. 43, der andere in W. 50 angekommen. Sie lauten je über 10 Mark. Beide bekam Lange zur Verfügung. Der unbekannte Täter hat ohne Zweifel ganz planmäßig gerade das Hotel Wblon für sein Verbrechen ausgewählt. Er hat damit gerechnet, daß gerade nach diesem Hotel die größten Summen an die Gäste verteilt werden würden. Es sind ihm denn auch große Werte in die Hände gefallen, außer den 8000 Mark in barem Gelde 35 Wertbriefe. Die Briefe waren zusammen über 35000 Mark wertvoll. Unter den Sendungen haben sich auch wohl mehrere Wertpapiere befunden. Der Mörder hat alle Briefe aus den Taschen herausgenommen und gründlich untersucht. Die gelesenen Umschläge und die Anweisungen, für die Langer das Geld bei sich hatte, hat er dann unter den Salonisch gemachten Unter dem Haupte fand man auch ein Gut, das wahrscheinlich eine wertvolle Schmuckstück oder Broche enthalten hat. Schmuckstücke von den Gemählern Friedländer. Unter den Fingern, die vielleicht zu einer Aufklärung an dieser Gekleht gelangt waren. — Zu Aufklärung des Verbrechens wird noch mitgeteilt: Das mehrfach zusammengeschnittene und sorgfältig über den Mund gebundene Tuch wurde als ein Handtuch festgestellt. Der Streid, mit dem der Geldbrieffräger lastbar erdrückt wurde, ist noch vier- bis fünfmal um den Hals geschlungen. Die Veränderung der Hände an den Fesseln legt mit den anderen Verletzungen des Mörder den Gedanken nahe, ob er sein Opfer nicht zunächst mit einem Band um den Hals geschlungen hat. Nach der übereinstimmenden Beschreibung liegt er etwa am Ende der dreißiger Jahre. Er ist mittelgroß und hat einen gepflegten schwarzen Vollbart. Er trägt einen dunklen Leberzieher und einen dunklen Jacketanzug und wahrscheinlich einen Kneifer. Seine Hosen enthalten ausschließlich zusammengeklapptes Zeitungspapier. — Der emarobete

Geldbrieffräger Lange war verheiratet und Familienvater. Ein Sohn von ihm, ein Vollgehilfe, hand vier Jahre im Felde und lehrte erst zu Neujahr nach Hause zurück.

Zwei Schaustellereinkreder wurden in der Nacht zum Freitag am Alexanderplatz von einer Patrouille der Sicherheitsmannschaften dingelst gemacht. Die Verbrecher hatten vorher im Kaufhaus St. John einen Schausteller erbeutet und waren dabei beobachtet worden. Auf der Polizeiwache, wohin sie gebracht wurden, fand man bei ihnen außer den geraubten Gegenständen noch viele Einbruchwerkzeuge.

Arbeiter-Samariter-Bund, Kolonie Groß-Berlin, Montag, den 6. Januar, abends 7 1/2 Uhr im Restaurant Reizara, Reichsstraße 15; Vortrag; nach dem Vortrage Verhandlungsübungen. Diese Verhandlungen finden vorläufig nur für Teilnehmer, Reichsstraße 15, statt, wo auch Teilnehmer aufgenommen werden. Freitag, den 10. Januar, abends 7 1/2 Uhr Eröffnung der V. Abt. Neukölln (Adial-Passage, Reichsstraße 5), Verhandlungsübungen.

Reichsbund der Kriegsverwundeten und ehem. Kriegsteilnehmer (Bezirk Charlottenburg) hält am Sonntag, den 6. Januar, vormittags 11 Uhr im Volkshaus Köpenickerstr. 4 seine Generalkonferenz ab.

Tour-Vereln „Die Naturfreunde“, Ortsgruppe Berlin. Für den durch widrige Verhältnisse am 19. Dezember ausgeschlossenen Vortrag findet am Montag, den 18. Januar, abends 8 1/2 Uhr im Berl. Klubhaus, Chaus. 2, ein Lichtbildvortrag: „Wunderschöne Bilder in der Welt im Laufe der Jahreszeiten“ statt. Vortragender: Gen. Gg. Knaack. Unkostenbeitrag 20 Pf. Mitglieder und Gäste sind freundlichst eingeladen.

Ausgaben der Entschlebung der am 23./24. Dezember gemerzten Matrizen findet morgen Sonntag, den 5. Januar, nachmittags 4 Uhr, im Wälderpalast, Berlin, Lützowstr. 76, eine Preis statt, bei der u. a. Gertz und Gölzler vom Deutschen Theater mitwirken. Näheres im Anzeigenteil.

Lebensmittellisten.

Milchverteilung. Vom Sonntag, den 5. Januar ab, werden die auf weiteres folgende Milchmengen ausgegeben: Auf die A-Karte 1 Liter, auf die A II-Karte 1 Liter, auf die B I-Karte 1/2 Liter, auf die B II-Karte 1/2 Liter, auf die C I- und C II-Karte 1/2 Liter. Die Krankenkassen, Sonderkassen und Pflanzereien werden voll beliefert.

Rüfverteilung. Bis Montag, den 6. Januar, wird an diejenigen Kunden, die in den Speisekartenverzeichnissen in den Bezirken der 64., 65., 66., 67., 68., 69., 70., 71., 72., 73., 74., 75., 76., 77., 78., 79., 80., 81., 82., 83., 84., 85., 86., 87., 88., 89., 90., 91., 92., 93., 94., 95., 96., 97., 98., 99., 100., 101., 102., 103., 104., 105., 106., 107., 108., 109., 110., 111., 112., 113., 114., 115., 116., 117., 118., 119., 120., 121., und 122. Bezirksämtern gelagerten Geschäfte (Wälder, Verkaufsstellen) eingetragen sind, pro Kopf 125 Gramm Rüh verteilt in denjenigen Geschäften, die durch ein Ausbrennen (Schmelz) von Käse der Reichsstraße Groß-Berlin“ gekennzeichnet sind.

Reinigungsarbeiten. Am Montag, den 5. Januar, bleibt die amtliche Verkaufsstelle Schrammbergstr. 10 Uhr ab und geht in den Inventar nachlassen, aus diesem Grunde am 7. Januar die Verkaufsstelle Schrammbergstr. und am 8. Januar die Verkaufsstelle Reinigungsarbeiten. Während der Dauer der Inventur findet kein Verkauf statt.

Aus den Organisationen.

4. Wahlkreis. Am Sonnabend, den 4. Januar, abends 8 Uhr, findet bei Gut, Warikauer Str. 61, eine Sitzung der Wahlleitung statt. Vollzähliges Erscheinen ist unbedingt erforderlich. Der Vorstand.

Wahlleitung. Genossen, die in der Vorstandswahl am 23. Dezember an der Wahlleitung teilgenommen haben, werden gebeten, ihre Briefen im Wahlbureau der Wahlvereine Groß-Berlin der U. S. V. D., Berlin, Schillerstr. 5, abzugeben.

Niederbarnim. Heute Sonnabend abends 8 Uhr Generalversammlung im Kaffee Bellevue. Flugblattverteilung beifolgt.

Treptow-Baumschulenkewen. Die Genossen, die genehmigt sind, an der Landtagung teilzunehmen, treffen sich heute, Sonnabend, abends 8 Uhr, in Treptow, Gröbstr. 49, in Baumschulenkewen bei Krause, Reichsstraße, Markt Verteilung wird erwartet.

Treptow-Baumschulenkewen. Am Sonntag, früh 8 1/2 Uhr, wichtige Flugblattverteilung. Treffpunkt für Baumschulenkewen Restaurant Krause, Reichsstraße 240, für Treptow Restaurant Scholz, Gröbstr. 49. Zahlreiche Teilnahme unbedingt notwendig. Ferner wird nochmals auf die bis einschließlich Montag, den 6. Januar, stattfindende Auslösung der Wählerlisten hingewiesen. Bei Durchsicht der Listen müßten große Fehler in den Listen festgestellt werden; es liegt daher in jedermanns Interesse, die kurze Zeit noch zu benutzen, um sich zu überzeugen, ob seine Eintragung in der Wahlliste richtig erfolgt ist.

Neukölln (U. S. V. D.). Sonntag vormittags 9 Uhr Flugblattverteilung von den Bezirksstellen aus. Die Bezirksleiter bitten die Flugblätter heute Sonnabend im Laufe des Tages vom Bureau ab.

Reberdorf-Petershofen. Dienstag, den 7. Januar, Mitgliederversammlung bei Rebe, Reberdorf. Alle Mitglieder müssen erscheinen. Der Vorstand.

Die jüngeren Mitglieder der Wahlvereine vom 2. und 3. Kreis werden ersucht, am Sonntag den 6. Januar 1918,

vorm. 10 Uhr, in der Neb.-Mitt.-Schule, Schillerstr. 5, zu einer Aussprache über die Wahltagung unter den 20-25jährigen Wählern zu kommen. Propagandaausflug U. S. V.

Die jüngeren Mitglieder des 1. und 5. Kreises werden ersucht, am Sonntag, den 6. Januar, um 10 Uhr vorm., in das Lokal von Tante, Wilmstr. 12, zu einer Aussprache über die Wahltagung unter den jüngeren Wählern zu kommen. Propagandaausflug U. S. V.

Gewerkschaftliches.

Die Wahl zu den Angestellten-Ausschüssen.

Die Verordnung vom 23. Dezember 1918 über Tarifverträge und die Wahl zu den Angestellten-Ausschüssen hat in den Reihen der Angestellten Unklarheiten über die Rechtmäßigkeit der bestehenden Ausschüsse entstehen lassen. Nach der Verordnung sind auf Grund des Paragraphen 7 dieser Verordnung lediglich diejenigen Angestellten-Ausschüsse neu zu wählen, die auf Grund des Paragraphen 11 des Gesetzes über den Vaterländischen Hilfsdienst bestehen, alle Ausschüsse, die nach dem 9. November 1918 auf Grund der Vollzugsratsverordnungen und unter Mitwirkung der freien Gewerkschaften (Zentrale der Angestelltenräte) gewählt worden sind, bleiben zu Recht bestehen und brauchen nicht neu gewählt zu werden. Zentralverband der Handlungsgehilfen, Ortsgruppe Berlin, Mühlstr. 20.

Aus dem Ruhrrevier.

Oberhausen, 8. Januar. Auf Nacht Oberhausen nahm heute früh die Delegation die Arbeit wieder auf, so daß der Betrieb auf allen Schächten der Gute Hoffnungshütte in vollem Gange ist.

Verammlungen.

Reberdorf. In einer Volksversammlung in Reberdorf a./Ostf. wurden nach einem Vortrage des Reichssozialisten G. Müller, die Schyhemänner waren über Salina während des Krieges und nach der Revolution sachlich angegriffen. Der Gewerkschaftsbeamt Kreuer erwiderte darauf, er halte es für heillos, darauf sachlich zu antworten. In bekannter Gewerkschaftsbeamtenmanier verfuhr er den Diskussionsredner lächerlich zu machen und sich durchzusetzen, daß er auf Grund seiner langjährigen Transaktionsangehörigkeit im Werke aller Weisheit sei. Die Medien jüngerer Leute wie er müsse man leider bilden aber klar sei, daß sie dümmere sind wie er. Auch ein Kompliment für seine jüngeren Parteigenossen. Doch es kam noch besser: Der Versammlungsleiter glaubte noch in Sparsamkeit zu machen und sich durchzusetzen, daß die Senationskassette „Der Galgen“, sei ein Platz Viehrecht und das Wort fordere auf, alle Gegner Viehrecht aufzuhängen. „Ne, auf die die rote Farbe des Blutes nicht wie auf einen Stier wirkt, müssen wohl zusehen, daß mit dem aufgerichteten Galgen das Wort selbst und mit dem Aufhängen, das an den Kranz stellen, in diesem Wort gemeint ist. Reicht nun die Intelligenz der Arbeiter und Genossen nicht weit oder ist man Neid und meint, der Red hat die Mittel. Betreffend muß leider werden, daß das Verammlungspublikum zu Kreuer pöbte. Vor der U. S. V. fürchtet man sich wie die Kinder vor dem schwarzen Mann.

Ortsverein Neukölln der U. S. V. D.

Heute Sonnabend, 7 Uhr abends
Große öffentliche Volksversammlungen
in folgenden Lokalen:
Hohensaufene, Kottbuserdamm 79-81
Vereinsbrauerei, Hermannstraße 21-31
Wolffs-Feldsäle, Kirchhoffstraße
Karlsarten, Karlsartenstraße 14-20
Das Thema lautet in allen Versammlungen:
Die revolutionäre Arbeiterkraft und die Nationalversammlung.
Männer und Frauen erscheint in Massen!
Der Vorstand.
Verantwortlich für die Redaktion: Alfred Bielapp, Neukölln. — Druck der Lindendruckerei und Verlagsbuchhandlung m. b. H., Schiffbauerdamm 19.

4. Kreis. Wahlverein U. S. V. D. 4. Kreis.

Sonntag, den 5. Januar, vormittags Punkt 10 Uhr in Concordia, Andreasstraße 64

Mitgliederversammlung

Tagesordnung:

Die letzten Vorgänge.

Referentin: Genossin Luise Zietz.

Mitgliedsbuch legitimiert. Zahlreichen Besuch erwartet. Der Vorstand.